

Warum eine Veranstaltung mit dem Jüdischen Nationalfonds-KKL nicht zur Woche der Brüderlichkeit passt

Offener Brief an die Veranstalter der Woche der Brüderlichkeit im Jahr 2012

Sehr geehrte Initiatoren der Woche der Brüderlichkeit,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Frank,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hager,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Salomon,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Seggewiß,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ude,
sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte der Städte
Konstanz, Pforzheim, Freiburg, Weiden und München

Ein zentrales Anliegen der Woche der Brüderlichkeit sind Menschlichkeit, Dialog und Verständigung. Die Veranstaltungen und Aktivitäten sollen dazu beitragen, dass Ausgrenzung, Verfolgung und Verbrechen, wie die Nationalsozialisten sie begangen haben, in der Zukunft nicht mehr möglich sind. Bei einem Blick in das diesjährige Programm in Ihrer Stadt haben wir festgestellt, dass Sie ein Benefizkonzert für den Jüdischen Nationalfonds-KKL in das Programm aufgenommen haben. Darüber sind wir sehr erstaunt, denn die Aktivitäten dieser Organisation stehen eindeutig im Widerspruch zu den Zielen der Woche der Brüderlichkeit.



Hauszerstörungen, Azazme, 02.12.2011

Quelle: Negev Coexistence Forum for Civil Equality

www.dukium.org/eng

Schon vor einigen Jahren ist in einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden, dass die Aktivitäten des Jüdischen Nationalfonds-KKL eng verbunden sind mit der Ausgrenzung, Vertreibung und Enteignung der Palästinenserinnen und Palästinenser. Ob der Jüdische Nationalfonds-KKL überhaupt bei seinen Aktivitäten Schutz und Pflege von Umwelt und Natur im Blick hat, wie die Verantwortlichen dieser Organisationen behaupten, scheint bei genauer Betrachtung zweifelhaft.

Zu den größten aktuellen Aktivitäten des Jüdischen Nationalfonds-KKL gehört ein 600-Million-US-Dollar-Projekt, mit dem angeblich der Negev entwickelt werden soll. Der Jüdische Nationalfonds-KKL beabsichtigt dort Parks und Wälder anzulegen, zum Teil auf den Trümmern arabischer Dörfer Siedlungen zu bauen, die ausschließlich jüdisch-israelischen Bewohnern vorbehalten sein werden", siehe www.zochrot.org/en und www.uridavis-official-website.info. Dafür sollen 30.000 bis 45.000 Palästinenser im Negev zwangsumge-

siedelt werden. Als künftige Heimat für diese Palästinenserinnen und Palästinenser sind ärmliche Planstädte mit extrem schlechter Infrastruktur vorgesehen, die am unteren Ende des Sozialindex israelischer Städte und Gemeinden vegetieren. Ein Beispiel für eine solche Stadt ist Rahat. International bekannt geworden ist der Widerstand der Bewohner von Al Arakib bei Beer Sheva gegen diese Politik (im Juli 2010 berichtete auch die BBC darüber). Kurz nach der Staatsgründung Israels war das Dorf von den israelischen Behörden als Gerichtssitz anerkannt worden, Anfang der 50er Jahre wurden die Bewohner trotzdem zwangsumgesiedelt. Sie sind inzwischen wieder zurückgekehrt und wehren sich mit rechtlichen Mitteln und zivilem Widerstand gegen die Enteignung. Auf einem Teil des Landes von Al Arakib ist die Siedlung Givot Bar angelegt, die ausschließlich jüdischen Staatsbürgern vorbehalten ist. In den vergangenen zwei

Jahren haben die israelischen Behörden die Hütten der Bewohner des Dorfes fast 30mal zerstört. Auf dem restlichen Land von Al Arakib will nämlich der Jüdische Nationalfonds-KKL die Pflanzung des „God-TV“-Wald durchsetzen. Siehe dazu: *Radikale US-Christen finanzieren Palästinenser-Vertreibung*
www.youtube.com/watch?v=12TvNEhcsxo

Im Staat Israel hat der Jüdische Nationalfonds-KKL die Rolle übernommen, eine Landverteilung zu sichern, die die nichtjüdischen Bürger des Staates extrem benachteiligt (Nichtjüdische israelische Staatsbürger sind von der Nutzung von 93 % des Bodens ausgeschlossen).

Human Rights Watch beschreibt im Jahr 2008 in seiner Studie zur Situation der Palästinenser im Negev die Rolle des Jüdischen Nationalfonds folgendermaßen: „The JNF has a specific mandate to develop land for and lease land only to Jews. Thus the 13 percent of land in Israel owned by the JNF is by definition off-limits to Palestinian Arab citizens, and when the ILA (Israeli Land Administration) tenders leases for land owned by the JNF, it does so only to Jews—either Israeli citizens or Jews from the Diaspora. This arrangement makes the state directly complicit in overt discrimination against Arab citizens in land allocation and use, and Israeli NGOs are currently challenging this practice in Israel’s Supreme Court. The ILA’s Governing Council is comprised of 22 members —12 representing government ministries and 10 representing the JNF, giving the JNF a hugely influential role in Israeli land policies generally and the overall allocation of state lands“. Aus „Off the Map“ - Land and Housing Rights Violations in Israel’s Unrecognized Bedouin Villages“ www.hrw.org/sites/default/files/reports/iopto308_1.pdf

Die kritische Haltung zur israelischen Landverwaltung und der Rolle des Jüdischen Nationalfonds-KKL in diesem Zusammenhang hat **Human Rights Watch** in den folgenden Jahren bekräftigt, siehe dazu auch www.hrw.org/news/2010/08/01/israel-halt-demolitions-bedouin-homes-negev

Auch **Amnesty International** kritisiert das Vorgehen des Jüdischen Nationalfonds-KKL im Negev siehe www.amnesty.org/fr/node/22995

Das Negev-Projekt ist nur ein Beispiel für die Vorgehensweise des Jüdischen Nationalfonds-KKL, der in derselben Art und Weise auch im Westjordanland bei Jerusalem und im Jordantal aktiv ist. **Aufgrund der öffentlichen Diskussion verliert der Jüdische Nationalfonds-KKL immer mehr Unterstützer. Im Mai 2011 hat sich beispielsweise der britische Premierminister David Cameron als Schirmherr der Organisation in England zurückgezogen** www.guardian.co.uk/politics/2011/may/29/david-cameron-resigns-patron-jnf

Im Dezember 2011 distanzierte sich die Stadt Genf von ihrer ursprünglichen Förderung eines Benefizkonzerts des Jüdischen Nationalfonds-KKL mit einem Sondertarif für die Victoria Hall. Eine genauere Auseinandersetzung mit den Aktivitäten des KKL-Jüdischen Nationalfonds war Anlass dafür.
www.ville-geneve.ch/actualites/detail/article/ville-geneve-distancie-soutien-accorde-fonds-national-juif-suisse/

Bei seinen Benefiz-Konzerten sammelt der Jüdische Nationalfonds-KKL Spenden für Projekte, die in offensichtlichem Widerspruch zu den Zielen der Woche der Brüderlichkeit und zu den international anerkannten Menschenrechten stehen. Wir fordern Sie daher auf, dem Beispiel der Stadt Genf zu folgen. Beteiligen Sie sich nicht an der Entrechtung und Vertreibung der Palästinenser. Distanzieren Sie sich von der Veranstaltung des Jüdischen Nationalfonds-KKL, nehmen Sie das Benefizkonzert aus dem Programm der Woche der Brüderlichkeit und stellen Sie dem Jüdischen Nationalfonds-KKL keine Räume dafür zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,
Palästinakomitee Stuttgart – www.palaestinakomitee-stuttgart.de